

## Gewerkschaften und Sozialdemokratie vor 1933

### *Zur Geschichte der Einheitsgewerkschaft*

In den Auseinandersetzungen um die Einheitsgewerkschaft spielt heute die Frage der früheren Beziehungen zwischen den freien Gewerkschaften (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) und der Sozialdemokratie eine wichtige Rolle. Franz *Spliedt* hat hier jüngst „die Legende von der diktierten Einheitsgewerkschaft“ („Gewerkschaftliche Monatshefte“, September 1953) widerlegt und darauf hingewiesen, daß der Wille zur Einheitsgewerkschaft nicht erst im Jahre 1945 entstanden ist. Mit der Bildung der Einheitsgewerkschaft wurden lediglich die Konsequenzen aus den Erfahrungen gezogen, die die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen vor 1933 gesammelt hatten. Die unterschiedlichen weltanschaulichen Bekenntnisse haben die Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen nicht gehindert, die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den Wirtschaftsmächten und dem Staat gemeinsam zu vertreten. In der drängenden Not des Tages mußten konkrete Lösungen für die konkreten Fragen gefunden werden. Arbeitslosigkeit, Lohn, Arbeitszeit, soziale Gesetzgebung — diese Probleme mußten gemeistert werden, mit Sachkenntnis, Verantwortung und Energie. Die Waffen für den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um die Überwindung der wirtschaftlichen Unfreiheit aller derjenigen, deren einziger Besitz ihre Arbeitskraft ist, waren überall dieselben — für die „Christen“ wie für die „Marxisten“. Mit Weltanschauungen und Ideologien lassen sich Arbeitskämpfe weder führen noch gewinnen.

Die Erkenntnis, daß gemeinsame Not gemeinsames Handeln erfordert, wurde schon während des ersten Weltkrieges für die Gewerkschaften aller Richtungen eine lebendige Kraft. Das gemeinsame Bekenntnis zur Nation schlug ein Thema an, das nie wieder verklingen sollte: Einheit des Willens und Einheit der Organisation. Leider gelang es vor 1933 nicht, die einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu verwirklichen. Aber in den Konzentrationslagern des „Dritten Reiches“ wurde der Bund besiegelt. Als die übriggebliebenen unter der Führung Hans *Böcklers* nach 1945 die Einheitsgewerkschaft endlich verwirklichten, vollstreckten sie den Willen von Millionen: jenseits der Weltanschauungen alle Arbeiter in einer freiwilligen Gewerkschaft verbundenen Willens zusammenzufassen.

Die Einheitsgewerkschaft ist weder von den Alliierten diktiert noch am Schreibtisch Hans *Böcklers* entworfen worden. Sie ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Entwicklung, eines Prozesses der Erkenntnis innerhalb der Gesamtarbeiterschaft, daß man ohne Rücksicht auf politische und religiöse Anschauungen zusammenarbeiten muß, wenn man sich behaupten will.

Es entspricht nicht den Tatsachen, daß die *freien* Gewerkschaften vor 1933 parteipolitisch an die Sozialdemokratie gebunden waren, wie man heute vielfach hört. Die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften in der Führung ihres Kampfes wie die parteipolitische und religiöse Neutralität ihren Mitgliedern gegenüber ist keine Nachkriegserrungsenschaft. Die Geschichte des Verhältnisses zwischen den freien Gewerkschaften (Generalkommission, später Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund [ADGB]) und der SPD lehrt vielmehr eindeutig, daß die aktive Mitgliedschaft in der SPD die Führer der freien Gewerkschaften niemals gehindert hat, eifersüchtig darüber zu wachen, daß die *Eigenständigkeit* der Gewerkschaften gegenüber der Partei gewahrt wurde. Auch die freien Gewerkschaften waren niemals „marxistisch“. Sie vereinten mehr christliche Arbeiter in ihren Reihen, als die christlichen Gewerkschaften Mitglieder zählten. Es erscheint wichtig, gerade heute daran zu erinnern. Niemals sind die Arbeiter christlicher Konfession durch die freien Gewerkschaften vor 1933 daran gehindert

worden, als Christen zu leben. Und die Tatsache, daß zahlreiche Führer der freien Gewerkschaften vor 1933 aus der Kirche ausgetreten waren, bedeutete doch nicht, daß sie vom Christentum nichts mehr wissen wollten. Im Gegenteil: Sie wollten mit ihrem Austritt die Kirche oft lediglich an ihre soziale Verantwortung erinnern. „Freidenker“ („Frei vom Denken“ — sagte der Sozialist *Hermann Heller*) waren die wenigsten.

Carl *Legien*, der geniale Organisator der freien Gewerkschaften, hat seine sozialdemokratischen Parteigenossen häufig genug daran erinnern müssen, daß die Gewerkschaften nicht daran denken, ihre Eigenständigkeit aufzugeben. Gewiß: Legien war Sozialist, aber sein Sozialismus war praktischer Sozialismus, „unmittelbar nicht abzielend auf einen Zukunftsstaat, sondern auf den allmählichen Aufbau einer neuen sozialen Lebensordnung des deutschen Volkes, auf eine gerechte Verteilung des gemeinsam erarbeiteten Ertrages der deutschen Wirtschaft. Dieser Sozialismus war nie ‚Marxismus‘ im Sinne des Glaubens an eine alleinseligmachende Theorie — ein Glaube, der im übrigen im schroffen Gegensatz zu dem Wesen des Mannes stand, auf den er sich berief.“ (Lothar *Erdmann*<sup>1</sup>). Schon die Gründung der „Generalkommission“, der ersten Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften, im Jahre 1890, die im Jahre 1919 vom ADGB abgelöst wurde, „wurde aus keinem anderen Grunde in den Kreisen der SPD als ein Bruch ungeschriebener Gesetze, als ein Löcken wider den Stachel parteipolitischer Vormundschaft empfunden, weil damit die Gewerkschaftsbewegung sich als selbständige Macht konstituierte und sich aus eigenem Recht und für ihren Kampfbereich ein Organ politischer Willensbildung schuf“. (Lothar *Erdmann*<sup>2</sup>). Immer wieder haben sich die freien Gewerkschaften gegen Versuche der SPD wehren müssen, sie „auf Vordermann“ zu bringen. Der gewerkschaftliche Widerstand gegen eine „Gleichschaltung“ ist also nicht erst im Jahre 1933 erwacht.

Gewiß waren freie Gewerkschaften und SPD vor 1933 *Bundesgenossen* im Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Aber die Gewerkschaften führten diesen Kampf *auf einem anderen Felde* als die SPD. Die Verwirklichung des Sozialismus war den freien Gewerkschaften nicht eine Frage des „Tages nach der Revolution“, sondern eine Frage des akuten Kampfes und des täglichen Einsatzes. Die freien Gewerkschaften stellten den Sozialismus in das Heute und Hier der konkreten Aufgaben und befreiten ihn aus der Sackgasse des „Endziels“, aus den Fesseln der vulgärmarxistischen Mißverständnisse.

Schon 1891 sah sich Legien veranlaßt, den in der Sozialdemokratie herrschenden Vorurteilen gegenüber den Gewerkschaften mit der gelassenen Bemerkung entgegenzutreten, „daß die Gewerkschaftsorganisationen gegenwärtig noch eine überaus nützliche Arbeit zu entwickeln haben“. Manche Sozialdemokraten hielten die Gewerkschaften sogar für überflüssig. Auf dem Parteitag in Köln 1893 und in Frankfurt 1894 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen um die Gewerkschaftsfrage zwischen Carl *Legien* auf der einen und Ignatz *Auer* bzw. August *Bebel* auf der anderen Seite. Als die Gewerkschaften sich entgegen der Erwartung vieler Sozialdemokraten kräftig entwickelten, versuchte man immer wieder, ihre Organisationen parteipolitischer Kommandogewalt zu unterstellen. Die freien Gewerkschaften wehrten sich entschieden. Die Auseinandersetzungen über die Frage des politischen Massenstreiks führten im Jahre 1906 zu dem sogenannten „*Mannheimer Abkommen*“ zwischen SPD und Gewerkschaften, in dem die Gleichberechtigung der Generalkommission in allen für das Schicksal der gesamten Arbeiterbewegung entscheidenden Fragen anerkannt wurde. Auf An-

1) Lothar Erdmann „Nation, Gewerkschaften und Sozialismus“, „Die Arbeit“, März—April 1933, Seite 136.

2) Lothar Erdmann, ebenda, Seite 138. Ich folge hier im wesentlichen den Ausführungen meines verehrten Kollegen Lothar Erdmann, des Schriftleiters der Zeitschrift „Die Arbeit“ (1924—1933), in seinem letzten großen Aufsatz „Nation, Gewerkschaften und Sozialismus“. Lothar Erdmann wurde am 18. September 1939 in Sachsenhausen ermordet.

trag Legiens wurde in das Abkommen der folgende Satz eingefügt: „Um bei Aktionen, die die Interessen der Partei und der Gewerkschaften gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.“ Damit hatte die freie Gewerkschaftsbewegung ihren Anspruch durchgesetzt, als gleichberechtigter Träger der sozialistischen Idee zu gelten. Die Gewerkschaften dachten nicht daran, ihre in der mühevollen Arbeit von Jahrzehnten aufgebauten Organisationen für die SPD aufs Spiel zu setzen, wenn der Einsatz nicht in einem klaren Verhältnis zu den Erfolgsmöglichkeiten stand.

Das Wort Theodor *Bömelburgs*, des Organistors der Maurer, auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß im Jahre 1902: „Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins“ wird zwar immer zitiert — es hat aber niemals der Wirklichkeit entsprochen und niemals allgemeine Anerkennung gefunden. Die geschichtliche Entwicklung bekräftigt vielmehr die These *Wickels*<sup>3)</sup>, daß die sozialdemokratische Ideologie schon immer mit der gewerkschaftlichen Praxis im Widerspruch gestanden hat.

Die Wesensverschiedenheit von Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften ist auch schon vor dem ersten Weltkrieg immer wieder sichtbar geworden. Die Spaltung der Sozialdemokratie während des Krieges zwang die Gewerkschaften zur Kündigung: des Mannheimer Abkommens (1919, Nürnberger Kongreß). Sie war notwendig geworden, um die Einheit der freien Gewerkschaftsbewegung zu erhalten. Die Zerstörung der geistigen und organisatorischen Einheit des politischen Sozialismus hätte auch die freien Gewerkschaften gespalten, wenn das Vertragsverhältnis aufrechterhalten worden wäre.

Die freien Gewerkschaften waren damit auf sich selbst gestellt. Theodor *Leipart* war ebenso wie Carl *Legien*, dessen Nachfolge er als Vorsitzender des ADGB Anfang 1921 antrat, bestrebt, die Eigenständigkeit der freien Gewerkschaften gegenüber der SPD unter allen Umständen zu sichern.

Nach der Darstellung Lothar *Erdmanns* zitiere ich einige Stellen aus einem wichtigen Brief Theodor *Leiparts* vom 12. September 1925 an den damaligen Vorsitzenden der SPD, Hermann *Müller*, der gegen einzelne Punkte des Heidelberger Programms unterschiedenen Einspruch einlegte, weil in ihm der alte Anspruch der SPD auf die „geistige Führung“ der freien Gewerkschaften wiederaufzuleben schien:

„Der neunte Absatz der Einleitung beginnt mit dem Satz: ‚Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist *notwendigerweise ein politischer Kampf*‘

In dieser Formulierung entspricht der Gedanke nicht den Tatsachen. Der Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiterklasse ist in erster Linie ein wirtschaftlicher Kampf, der von den Gewerkschaften ausgefochten wird und auch in Zukunft ausgefochten werden muß.

Noch bedenklicher und für die Gewerkschaften untragbar ist der elfte Absatz der Einleitung: ‚Den Befreiungskampf der Arbeiterklasse, den politischen, *den gewerkschaftlichen*, den genossenschaftlichen *Kampf zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.*‘ Die Partei ist gar nicht in der Lage, den gewerkschaftlichen Kampf bewußter und einheitlicher zu gestalten, ganz abgesehen davon, daß dieser Satz zu unterstellen scheint, daß die Gewerkschaften ihren Kampf bisher weder bewußt noch einheitlich geführt hätten und erst unter Leitung der Partei dazu in den Stand gesetzt werden müßten. Wenn schon dieser Gedanke gleichfalls an vergangene Zeiten gemahnt, in denen sich die Partei als Vormund der Gewerkschaften fühlte, so gilt das noch viel mehr von der Schlußwendung, die die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Gewerkschaften geradezu verneint. Die Gewerkschaften haben sich in der Vergangenheit

3) Helmut Wickel, Sicherung der Einheitsgewerkschaft, GM, Heft 10/1953, Seite 579

stets dagegen gewehrt, daß die Partei den Gewerkschaften Marschrichtung und Ziel vorschreibe, sie bestehen auch heute und gerade heute auf der autonomen Festsetzung ihres ‚notwendigen Zieles‘. Der Anspruch der Sozialdemokratischen Partei auf die ‚geistige Führung‘ der Gewerkschaften kann genau sowenig anerkannt werden wie der Führungsanspruch der Kommunistischen Internationale, die seit Jahren vergeblich bestrebt ist, den Gewerkschaften ihre Ziele und ihre Taktik aufzuzwingen. Gerade um ein eigenes, auf Anerkennung der beiderseitigen Unabhängigkeit beruhendes Zusammenarbeiten zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei herbeizuführen und zu gewährleisten, ist die Grundvoraussetzung, daß die Partei die volle Selbständigkeit der Gewerkschaften ebenso respektiert, wie umgekehrt die Gewerkschaften es ihrerseits tun. Die Gewerkschaften haben auf ihren Kongressen nie die ‚geistige Führung‘ der Partei beansprucht.“

Dieser Brief Leiparts hat seine Wirkung nicht verfehlt. Die beanstandeten Sätze sind bei der endgültigen Formulierung des Heidelberger Programms abgeändert worden.

Die freien Gewerkschaften dachten nicht daran, sich zu einer Kampftruppe der SPD degradieren zu lassen, sie wollten selbständige Sachwalter der Arbeit bleiben. Sie stellten ein lebendiges Stück deutschen sozialen Lebens dar, sie waren eine wirkende Kraft der Nation, Fundament einer neuen Volksordnung. Ihr Lebensinteresse zwang sie dazu, alle Möglichkeiten zu ergreifen, um die Lage des Arbeiters im Hier und Heute der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu verbessern. Sie hatten sich längst von der marxistischen Verelendungstheorie abgewandt und die Umstellung auf die Theorie von der Erhöhung der Kaufkraft vorgenommen, die dem amerikanischen Kapitalismus entstammt. Und ganz zweifelsohne gelang es den Gewerkschaften zwischen 1919 und 1933, eine wesentliche Kräfteverschiebung im sozialen System der deutschen Wirtschaft zu erreichen. Der Staat hatte den freien Vereinigungen der Gewerkschaften eine Fülle von Funktionen übertragen, deren Ausübung sie auch gleichzeitig dem Staate verpflichtete. Die soziale Macht, die sie ausübten, war praktisch eine öffentliche Funktion geworden. Die positive Stellung der Gewerkschaften zu Staat und Nation war seit der geschichtlichen Entscheidung der Arbeiterbewegung am 4. August 1914 kein Problem mehr, sie war eine Tatsache. Danach stellten die Gewerkschaften diese Haltung oft genug unter historischen Beweis: während des Krieges durch die Einstellung der Lohnkämpfe, während des Ruhrkampfes durch einen entschiedenen Kampf für die Einheit des Reiches, während der ganzen Nachkriegszeit durch ihren unerbittlichen Kampf gegen die Reparationen.

Gewiß waren die freien Gewerkschaften sozialistisch. Aber der gewerkschaftliche Sozialismus hatte mit dem konfessionell fixierten, egalitären, marxistischen Sozialismus nichts mehr gemein. Er war ein humanistischer Sozialismus der täglichen Aktion, frei von jeder Bindung an eine bestimmte Doktrin, In seinem programmatischen Aufsatz „Gewerkschaften und Sozialismus“ sagte *Lothar Erdmann*<sup>4)</sup>, der enge Mitarbeiter Theodor Leiparts, schon im Jahre 1925: „Die Arbeiterbewegung wird daher anerkennen müssen, daß der Sozialismus eine fruchtbare Verbindung mit den verschiedensten Weltanschauungen eingehen kann, ja, daß er um so mehr Aussicht hat, die Mehrheit des Volkes für seine Forderungen zu gewinnen, je mannigfaltiger seine weltanschaulichen Begründungen werden . . . *Wenn der Sozialismus die beherrschende Auffassung der praktischen Lebensgestaltung werden will, wenn er die Lebensanschauung aller Arbeitenden werden soll, muß er in die Sprachen der verschiedensten Traditionen übertragen werden, muß er einer Legierung mit den verschiedensten Weltanschauungen fähig sein. Er ist nicht selbst eine Weltanschauung. Er ist ein Inbegriff von Überzeugungen von der staatlichen und gesellschaftlichen Gestaltung des Lebens der Nation. Jede Identifizierung mit einer bestimmten Weltanschauung würde seinen Wirkungskreis verengen.*“

4) Lothar Erdmann „Gewerkschaften und Sozialismus“. „Die Arbeit“ 1925, Heft II, Seite 667.

Die eigenständige Position der freien Gewerkschaften gegenüber der Sozialdemokratie gründete in einem praktischen Sozialismus, der sich von dem landläufigen Marxismus sozialdemokratischer Prägung deutlich abgrenzte. Dieser hat sich niemals den großen Lebenswirklichkeiten, wie der Religion und der Nation, in ihrer Eigenmächtigkeit für die Gestaltung des Menschen verschlossen. Die Einsicht, daß nicht an jeder Eigentumspartikel „Kapitalismus“ zu hängen braucht, war in den Gewerkschaften sehr früh sichtbar geworden. Man wußte sehr wohl zwischen dem großkapitalistischen Ausbeutungseigentum und dem Arbeitseigentum der bäuerlichen, handwerklichen und sonstigen Kleinbetrieblichen Wirtschaft zu unterscheiden. Die auch von den freien Gewerkschaften erhobene Sozialisierungsforderung für die Kommandohöhen der Gesamtwirtschaft war niemals Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck: der Wiederherstellung der inneren Verbindung zwischen Arbeit und Eigentum, dieser einzig möglichen Grundlage lebenserfüllender Arbeit, die der Kapitalismus zerstört hat, indem er die vielen des Eigentums zugunsten der wenigen beraubte.

Es kam hier darauf an, mit der Legende aufzuräumen, daß vor 1933 „Partei und Gewerkschaften eins“ waren. Es kam darauf an, zu zeigen, daß die freien Gewerkschaften sich in dem Maße, in dem sie sich zu einer Massenorganisation entwickelten, ihrer Eigengesetzlichkeit bewußt wurden. Der wachsenden Spannung zwischen den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei ging parallel ein Prozeß der Annäherung der Gewerkschaften aller Richtungen. Die Gespräche, die zwischen Wilhelm Leuschner, Jakob Kaiser und Max Habermann (als den Repräsentanten der wichtigsten Gewerkschaftsrichtungen vor 1933) während der Nazizeit geführt wurden — unser unvergeßlicher Wilhelm Leuschner wurde im September 1944 von Hitlers Schergen ermordet —, galten im wesentlichen der Frage, wie die organisatorischen, politischen und geistigen Voraussetzungen geschaffen werden können, um nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ die Einheitsgewerkschaft möglich zu machen. Und man war sich klar darüber, daß der historische Weg der deutschen Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahrzehnten geradezu in die parteipolitisch und religiös neutrale Einheitsgewerkschaft einmünden mußte.

Die Einheitsgewerkschaft — heute Wirklichkeit — ist keine willkürliche Schöpfung Anno 1945, sondern ein geschichtlich gewachsenes Gebilde.

Es kam hier ferner darauf an, nachzuweisen, daß die freien Gewerkschaften vor 1933 durch ihren Verzicht auf jedes „ideologische Korsett“ wesentlich dazu beigetragen haben, den Sozialismus der Arbeiterbewegung aus dem marxistischen Schema herauszulösen und ihn an die Notwendigkeit der konkreten Bemühungen um die Verbesserung der Lebenswirklichkeit des Arbeiters in der gegebenen Ordnung heranzuführen. Sie haben vor 1933 durch die Tat und das Wort wesentliche Beiträge zu einer Neuorientierung des Sozialismus geliefert. Die hier zitierten Sätze aus dem Gedankengut der freien Gewerkschaften und insbesondere Lothar Erdmanns, einer ihrer geistig führenden Köpfe, sind vor einem Vierteljahrhundert ausgesprochen worden — nicht erst im Jahre 1953. Es muß in diesem Zusammenhang auch auf den bedeutsamen Anteil der „Sozialistischen Monatshefte“ und der „Neuen Blätter für den Sozialismus“ an dem Kampf um die Befreiung der Sozialdemokratie aus ihrer „ideologischen Verharzung“ hingewiesen werden.

Das Studium der Geschichte der Beziehungen zwischen den freien Gewerkschaften und der SPD ist insbesondere denen zu empfehlen, die die Einheitsgewerkschaft heute aufspalten wollen, weil sie ihren konfessionellen Sonderinteressen keinen Raum zu geben vermag. Die freien Gewerkschaften vor 1933 respektierten nicht nur das religiöse Bekenntnis ihrer Mitglieder, sondern anerkannten auch die positive Bedeutung humanistischer und christlicher Wertmaßstäbe für das geordnete Zusammenleben der Menschen.